

## AKTUELL

## INKLUSION

# „Mal compris et négligé“

Tessie Jakobs

**Info-Handicap nimmt die noch laufenden Koalitionsverhandlungen zum Anlass, um einen umfassenden Empfehlungskatalog zum Thema Inklusion zu veröffentlichen.**

„Le handicap est un défi universel qui touche de nombreuses personnes à travers le monde. Cependant, il est souvent mal compris et négligé, ce qui entraîne des inégalités et des obstacles pour les personnes en situation de handicap.“ Rund eine Woche nach den Nationalwahlen reiht sich Info-Handicap in die Liste der Interessenverbände ein, die sich mit Forderungen und Empfehlungen an die nächste Regierung öffentlich zu Wort melden.

Nicht alle sind so ausführlich wie die des Dachverbands für Menschen mit Behinderung: In einem 28-seitigen Dokument gibt Info-Handicap eine Übersicht darüber, was in den vergangenen Jahren passiert ist und wo es noch Handlungsbedarf gibt. Zu den einzelnen Handlungsfeldern, die von der Arbeitswelt bis hin zur Digitalisierung reichen, gibt der Interessenverband jeweils konkrete Empfehlungen.

Info-Handicap weist auf die zahlreichen Bemühungen hin, um die politischen Verantwortlichen zum Thema Inklusion zu sensibilisieren – Bemühungen mit bisher nur mäßigem Erfolg: Wie im Dokument erklärt wird, mangelt es an einem strukturierten Austausch zwischen Interessenverbänden und Politik. Letztere stelle außerdem zu wenige Ressourcen für Inklusionspolitik zur Verfügung.

## Sexualassistenz und Krisenmanagement

Selbst in Fällen, in denen Maßnahmen zugunsten von Menschen mit Behinderung ergriffen wurden, reichen die Bemühungen in den Augen von Info-Handicap nicht aus: „Même lorsque des politiques favorables au handicap sont adoptées, leur mise en œuvre peut être insuffisante, et les sanctions en cas de non-respect sont souvent inadéquates“, so die Verfasser\*innen. Das habe zur Konsequenz, dass die positiven Auswirkungen mancher Maßnahmen auf Betroffene sich in Grenzen hielten. Großen Handlungsbedarf sieht der Verband in diesem Zusammenhang bei der Weiterbildung von Bürgermeister\*innen und Gemeindepersonal.

Während Bereiche wie Bildungs-, Gesundheits- und Mobilitätspolitik bei Diskussionen zu Inklusionsförderung oft im Vordergrund stehen, schneidet Info-Handicap im Empfehlungskatalog auch einige weniger prominente Themen an. So etwa die sexuelle und emotionale Gesundheit von Menschen mit Behinderung: „Cette problématique est souvent négligée ou mal abordée, entraînant un manque d’accessibilité à l’information, aux services et aux droits fondamentaux pour de nombreuses personnes en situation de handicap.“ Das betrifft zum einen das umstrittene Thema der Sexualassistenten (woxx 1524). Zwar



habe eine entsprechende Arbeitsgruppe ihre Empfehlungen an die zuständigen Ministerien weitergegeben, reagiert wurde darauf bisher jedoch nicht. Die entsprechende Forderung von Info-Handicap: die Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Sexualassistenz“ ernst nehmen und in gesetzliche Anpassungen einfließen lassen.

Auch im Forderungskatalog inbegriffen ist das Thema Krisenmanagement. „Malheureusement, la gestion de crise est souvent négligée ou mal exécutée“, stellt Info-Handicap fest. Oft fehle es an einer spezifischen Task Force, die sich unter anderem aus Vertreter\*innen der Zivilbevölkerung zusammensetze, und die Kommunikation sei entweder mangelhaft oder gar widersprüchlich. Info-Handicap wünscht sich zudem, dass nach jeder Krise evaluiert wird, inwieweit das politische Krisenmanagement nachgebessert werden muss. „En suivant ces recommandations, nous pouvons améliorer notre capacité à faire face aux crises de manière plus réfléchie et plus efficace, en protégeant ainsi la santé, la sécurité et la stabilité de notre société“.

Einen Tag zuvor hatte auch das Centre d’égalité de traitement (CET) Forderungen an die nächste Regierung veröffentlicht. Dabei ging es unter anderem auf die Inklusionspolitik ein. Zu seinen besonderen Anliegen zählt die Reform der Adapto-Dienstleistung, die verstärkte Integration von Kindern mit Behinderung in die Regelschule und in Freizeitangebote. Das CET erinnert zudem an seine Forderung, die Kontrolle von Strukturen für Menschen mit Behinderung in den Kompetenzbereich der Ombudsperson aufzunehmen.

## SHORT NEWS

## EU-Entwicklungshilfe: Schein und Sein

(tf) – Die Mitgliedsstaaten der EU deklarieren Milliardenbeträge als Entwicklungshilfe, die „nicht einmal die grundlegendsten Kriterien“ hierfür erfüllen: Zu diesem vernichtenden Urteil kommt der Bericht „AidWatch 2023“, der am vergangenen Mittwoch in Brüssel veröffentlicht worden ist. Dabei sind die Ausgaben für Entwicklungshilfe dem Anschein nach so hoch wie nie: Mehr als 84 Milliarden Euro haben die Mitgliedsstaaten 2022 ausgegeben; zwei Jahre davor waren es nur 66,7 Milliarden Euro. Der Haken an der Sache: Ein Löwenanteil der Gelder (rund 20 Milliarden) wird etwa für die Versorgung von Flüchtlingen (13,9 Milliarden) in den Geberländern selbst verwendet. Insbesondere osteuropäische EU-Mitgliedsstaaten würden auf diese und ähnliche Weise zum „Hauptempfänger ihrer eigenen Hilfe“, so eine Pressemitteilung zu dem Bericht, die von „Concord“ veröffentlicht worden ist. Der europäische Dachverband der NGOs, die sich für nachhaltige Entwicklung und internationale Zusammenarbeit einsetzen, ist für den Bericht verantwortlich. Luxemburg kommt darin gut weg: So ist es neben Schweden und Deutschland eines von lediglich drei Ländern, die das Ziel, mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Entwicklungshilfe auszugeben, erreicht. Mit mehr als 503 Millionen wendete das Großherzogtum 2022 sogar erstmals exakt ein Prozent des BIP für die Unterstützung ärmerer Staaten auf. Hilfe für Flüchtlinge in Luxemburg wird hierbei nicht verrechnet. Die neu gewählte Regierung müsse „Quantität und Qualität des Engagements“ des Landes beibehalten, heißt es im AidWatch-Bericht.

## Verband fordert effizienteres Gesundheitssystem

(mes) – Während die Koalitionsgespräche auf Schloss Senningen noch laufen, versucht die Association nationale des infirmières et infirmiers du Luxembourg (ANIL) die Aufmerksamkeit der Verhandlungsdelegationen auf eine effizientere Gestaltung des Gesundheits- und Pflegesystems zu lenken. Elf Hauptmaßnahmen schlägt die ANIL in einem offenen Brief an den (wahrscheinlich) kommenden Premierminister Luc Frieden vor. Die vorgeschlagenen Lösungsansätze des Verbands gehen dabei vor allem gegen den Personalmangel und ineffizienten Ressourceneinsatz vor. Der erste Vorschlag: Die Aufgaben der Pflegenden sollen erweitert werden. Pflegende sollen weitere routinemäßige Pflegemaßnahmen übernehmen, um Ärzt\*innen für andere Aufgaben zu entlasten, schreibt der Verband. Außerdem müsse das Angebot der bestehenden ambulanten Pflegedienste erweitert werden. Eine frühere Erkennung von Problemen würde sowohl das System präventiv entlasten als auch dem Mangel an Hausärzten entgegenwirken, so die ANIL. Als Ansatz schlägt der Verband eine Gemeindepflege vor, wie sie etwa in deutschen Bundesländern wie Hessen schon „erfolgreich“ umgesetzt wird. Dem Personalmangel soll auch mit einem nationalen Ausbildungsplan entgegengewirkt werden. Letztendlich würde ein effizienteres Gesundheitssystem vermeidbare Kosten und Krankenhausaufenthalte verringern und somit das Wohlbefinden der Bevölkerung bessern. „Zufriedene Patienten bedeuten in der Regel kürzere Aufenthalte und eine bessere Einhaltung von Therapieplänen“, so die ANIL. Die kommende Regierung müsse sicherstellen, „dass die Fähigkeiten und Qualifikationen der Gesundheitsversorgung optimal genutzt werden.“

## Socfin condamné en France

(fg) – Socfin a été condamnée par le tribunal de Nanterre à verser 140.000 euros à un collectif de 150 plaignant-es camerounais, qui poursuivent la multinationale luxembourgeoise devant la justice française. La société, spécialisée dans la production d’huile de palme et de caoutchouc, est contrôlée par l’homme d’affaires belge Hubert Fabri et le milliardaire français Vincent Bolloré. Ce jugement a été rendu le 29 septembre au titre du devoir de vigilance, une première depuis 2017 et l’adoption de la loi qui oblige les entreprises à respecter les droits humains et environnementaux dans l’ensemble de leurs activités. Le tribunal n’a encore pas statué sur le fond, la plainte visant, in fine, à prouver que le groupe Bolloré exerce le contrôle réel de Socapalm, filiale de Socfin, qui exploite 58.000 hectares de plantations de palmiers à huile au Cameroun. Pour cela, les plaignant-es avaient obtenu de la justice l’accès aux procès-verbaux de l’ensemble des assemblées générales de la Socfin. Mais celle-ci n’en a fourni qu’une partie et a « délibérément écarté certaines pièces indispensables à la manifestation de la vérité », selon le tribunal. D’où une liquidation d’astreinte de 2.000 euros par jour de retard sur trois mois, prononcée en 2022 par la cour d’appel de Versailles. Le juge de l’exécution des peines a porté l’astreinte à 4.000 euros par jour de retard si Socfin persiste à ne pas transmettre les documents.